

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Anschluss: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Giro-Kasse Blasewitz Nr. 666
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Dröge, für den übrigen Inhalt Eugen Berner beide in Dresden.

Erheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertelstündchen Lachen, Aus aller u. neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatlich M. 2.10, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich M. 2.20. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung ob. Rückzahl. d. Leihgebühren. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Friedrichstadt. Bei unregelmäßigem Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeben werden, kann wir eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Anzeigen werden die 8-spaltige Petit-Zelle mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zelle mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorchriften und schwierigen Sacharten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konturs d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
91. Jahrgang

Nr. 128

Mittwoch, den 4. Juni

1930

Der selbständige Mittelstand wehrt sich

Das Reichskartell des selbständigen Mittelstandes veranstaltete gestern vormittag im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses eine geschlossene Kundgebung gegen die Bestrebungen zur Besteuerung der Umsatzsteuer, zu der Vertreter sämtlicher bürgerlichen Fraktionen des Reichs- und des Landtags, außer vom Zentrum und den Demokraten, erschienen waren. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurden folgende Forderungen aufgestellt:

Als oberster Grundsatz der kommenden Finanzreform ist die Drosselung der Ausgaben das allererforderlichste. Der steuerlichen Bevorzugung öffentlicher und gemeinnütziger Betriebe ist ein Ende zu machen. Die Steuerlasten müssen in gerechter Weise nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen verteilt werden. Die Großbetriebe müssen für den durch ihr Bestehen verursachten Steuerausfall herangezogen werden.

Reichsjustizminister Dr. Bredt erklärte unter starkem Beifall der Versammlung, sein Mensch denke im Kabinett daran, die veredelte Umsatzsteuer wieder abzuschaffen.

Die jetzige Regierung sei die erste, die zielbewusst den Weg beschritten habe, der den Mittelstand vor einer Erdrückung durch die Warenhäuser und Konsumvereine bewahren solle. Der Reichsjustizminister kündigte dann noch Gesetzentwürfe über das Zugabe- und Ausverkaufswesen an.

Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die die Beibehaltung der veredelten Umsatzsteuer fordert. Als oberster Grundsatz der kommenden Finanzreform wird gefordert Drosselung der Ausgaben auf das allererforderlichste, gerechte Verteilung der Steuerlasten nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen, Veranziehung der Großbetriebe für den durch ihr Entstehen verursachten Steuerausfall und Erweiterung des Kreises der an den finanziellen Bedürfnissen von Reich, Staat und Gemeinden steuerlich Beteiligten.

Hohe Strafen für Landfriedensbrecher

In der Nacht zum 30. Dezember 1929 war es in der Görlitzer Straße in Berlin zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen, wobei vier Arbeiter durch Revolvergeschüsse verletzt wurden. Das Berliner Schwurgericht verurteilte am Dienstag drei Nationalsozialisten zu je drei Jahren sechs Monaten Gefängnis wegen Landfriedensbruchs, drei weitere Angeklagte erhielten vier Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist. Als die drei Nationalsozialisten, die sich in Haft befinden, in ihre Zellen zurückgeführt werden sollten, brachen sie in stürmische Heil-Hitler-Rufe aus. Da sich auch Kommunisten im Saal befanden, entwickelte sich ein Tumult, wobei es zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam. Die Polizei schritt sofort ein und nahm eine Anzahl Verhaftungen vor.

Sonderbare Situation:

„Einigung“ im Reichskabinett, aber entscheidende Beschlüsse erst am Donnerstag

Amtlich wird über die Nachsitzung des Kabinetts, die bis nach 1 Uhr morgens dauerte, folgendes mitgeteilt:

Das Reichskabinett wurde sich in Fortsetzung seiner Beratungen über die Defizitvoranschläge zum Reichshaushalt einig. Den Ressorts wurde aufgegeben, die detaillierte, gesetzgeberische Ausarbeitung der Beschlüsse des Kabinetts für die abschließende Kabinettsitzung am Donnerstag vorzulegen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern u. a. auch sehr eingehend mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Das Kabinett billigte grundsätzlich die vom Reichsarbeitsminister vorgeschlagenen Abänderungsbestimmungen, deren endgültige redaktionelle Festlegung am kommenden Donnerstag erfolgen soll.

Erwachen die Kräfte der Selbstheilung?

Die gemeinsame Sitzung der Verwaltungsorgane des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat sich gestern bis in die Nachmittagsstunden hingezogen und wurde alsdann, ohne zu Beschlüssen zu kommen, vertagt. Gegenstand der Erörterungen war in erster Linie die Frage, wie man zu einer wirksamen Entlastung des Haushalts kommen könne. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß wir durch Ermäßigung aller Produktionsfaktoren zu einem Preisabbau

kommen müssen. Es dürften Bestrebungen im Gange sein, angesichts der allgemeinen Notlage zu einer Verständigung mit den anderen Faktoren der Wirtschaft zu kommen.

Die Forderung der Beamten: Alle Schichten sollen tragen helfen

Der Gesamtverband des Deutschen Beamtenbundes nahm am Dienstag unter Bezug auf das angeforderte Ausgabenleistungsgesetz mit aller Entschiedenheit gegen Maßnahmen dieser Art Stellung. Die sichere Folge solcher Maßnahmen werde eine alle Schichten der Beamenschaft erfassende Benützung und weiterhin eine Rechtsunsicherheit sein, die den Glauben und das Vertrauen in die verfassungsmäßigen Garantien erschüttere und sich dadurch auch nachteilig für Volk und Staat auswirke. Der Gesamtverband sei der Auffassung, daß der außergewöhnlichen Notlage des Reiches und vieler Volksgenossen durch Heranziehung aller Volksschichten nach dem Grade ihrer Leistungsfähigkeit begegnet werden sollte, wobei unter eine nach sozialen Gesichtspunkten bedingte Grenze nicht heruntergegangen werden dürfte.

Wenn es der Reichsarbeitsminister wagen sollte

In einer großen Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Bochum erklärte ein maßgebender Gewerkschaftsführer, daß die Gewerkschaften alles aufbieten würden, um einen Lohnabbau zu verhindern.

Der Redner warnte die Reichsregierung und den Reichsarbeitsminister dringend davor, den Schiedspruch, der eine Herabsetzung der Löhne für die Gruppe Nord-West vorsieht, für verbindlich zu erklären. Der Reichsarbeitsminister würde bei einer Verbindlichkeitserklärung alle Folgen übernehmen müssen, die sich aus den Abwehrmaßnahmen der Gewerkschaften ergeben würden.

Internationale Zahlungsbank und Mobilisierungsanleihe

Der Youngplan oder der „Neue Plan“ ist am 17. Mai durch feierlichen Beschluß der Reparationskommission in Kraft gesetzt, nachdem ausdrücklich festgestellt worden war, daß alle Vorbedingungen sowohl von Seiten Deutschlands wie auch der Gläubigermächte erfüllt waren. Die Reparationskommission hat ausgedrückt, zu bestehen. An ihre Stelle ist, zum Teil allerdings mit ganz anderen Funktionen, die Bank für Internationale Zahlungen, in der üblichen Abkürzung B.I.Z., genannt, getreten.

Damit hat ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Reparationen

begonnen. Die demütigende Form der Kontrollen und ausländischen Treuhänder ist weggefallen, und durch die Gründung der genannten Bank ist der mit dem Dawesplan begonnene Prozeß der Ueberleitung des Reparationsproblems aus der politischen Atmosphäre auf das finanzielle und wirtschaftliche Gebiet einen Schritt weiter gebracht, wenn auch noch keineswegs erreicht.

Was ist nun die Bank für internationalen Zahlungsausgleich? Sie soll eine finanzielle, unpolitische Stelle, ein Treuhänder, sein, an den Deutschland die Zahlungen in fremder Währung und in Reichsmark zu leisten hätte, und von der die Verteilung an die zuständigen Empfänger durchzuführen wäre.

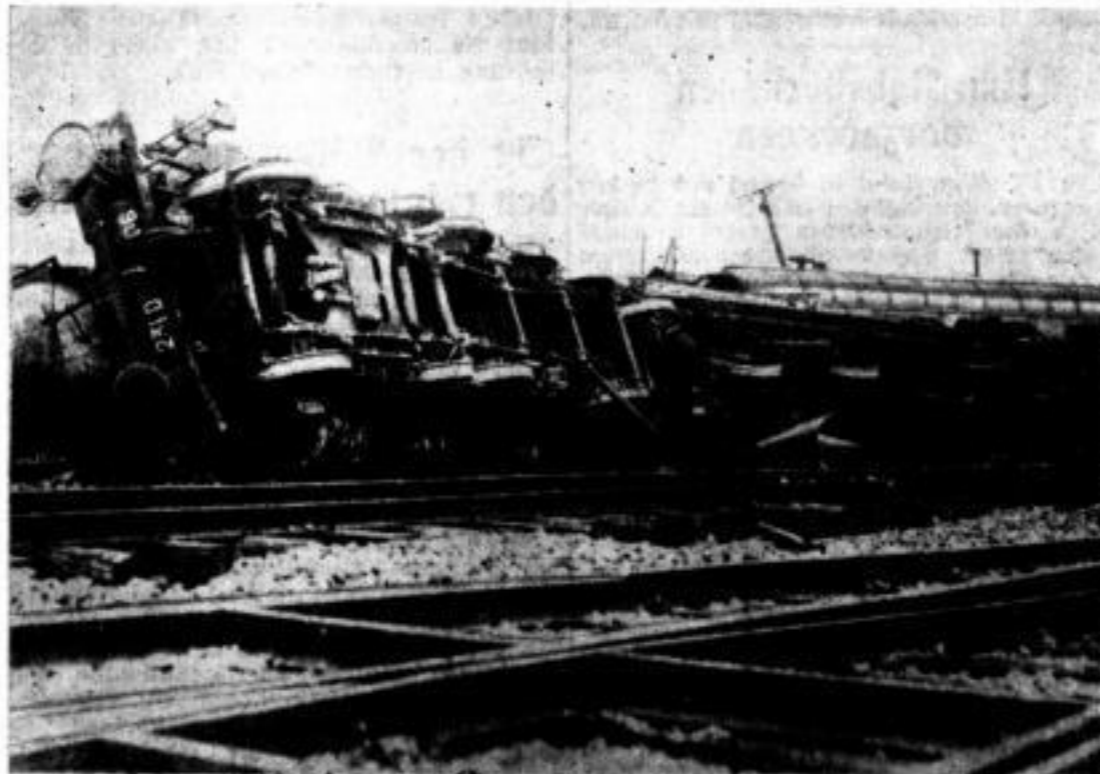
Das ist die allgemeine Aufgabe der neuen Bank. Es fragt sich, welches die besonderen Aufgaben der Bank sind. Denn mit dem generellen Rahmen allein ist natürlich nichts gesagt. Als solche Aufgaben werden nun genannt: die Mobilisierung und Kommerzialisierung der deutschen Jahreszahlungen, die Organisation der Zahlungen unter dem Neuen Plan, die Aufgabe der sachverständigen Feststellung des Tatbestandes für den Fall deutscher Zahlungsschwierigkeiten oder gar der deutschen Zahlungsunfähigkeit, und endlich die Regelung der Modalitäten für den möglichen Fall, daß die Uebertragung der Zahlungen in fremden Währungen eine Einschränkung der deutschen Einfuhr und eine Ausdehnung des deutschen Ausfuhrhandels bedingt.

Wie man sieht, haben die Schöpfer der Bank sie mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet.

Gegenüber dem Sachverständigenbericht sind die Funktionen der Bank etwas modifiziert durch die Haager Vereinbarungen. Ursprünglich und in der Idee hat man mehr an eine Weltwirtschaftsbank gedacht, aber

Die Praxis hat eine Treuhänderbank geschaffen.

Auch in dieser Eigenschaft hat die Bank noch ein vollgerichtetes Maß von Kompetenzen. Sie bleibt auch in dieser Form eine Dachgesellschaft sämtlicher Reparationsinteressen.



Das schreckliche Unglück des D-Zuges Paris—Marzeille

Wie gemeldet, verunglückte der D-Zug Paris—Marzeille am Sonntag schwer bei Monterau. Eine Draisine, die auf den Schienen stand, war die Ursache der Entgleisung, bei der sieben Personen getötet und 30 schwer verletzt wurden. Unser Bild zeigt die umgestürzte Lokomotive mit den entgleisten D-Zug-Wagen.